

Demokratie gewinnt!

Vom Programm zum starken Bündnis

Birger Hartnuß • Tatjana Kinzelbach

Im November 2017 wurde unter der Schirmherrschaft der damaligen Ministerpräsidentin Malu Dreyer das rheinland-pfälzische Bündnis »Demokratie gewinnt!« ins Leben gerufen. Entstanden und gewachsen aus einem schulischen Entwicklungsprogramm versammelt das Bündnis heute Organisationen, Institutionen und Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie alle eint das gemeinsame Ziel, die Demokratie als Regierungs-, vor allem aber als Lebensform zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Das Bündnis ermöglicht ungewöhnliche Partnerschaften und Kooperationen, bringt neue Projekte auf den Weg und wirkt als Verstärker der Arbeit seiner Mitglieder. Zunehmende Anfeindungen und Bedrohungen der Demokratie haben das Bündnis in den vergangenen Jahren verstärkt in den Fokus der landespolitischen Aufmerksamkeit rücken lassen. Es setzt mit seiner Arbeit ein Zeichen für Vielfalt und Akzeptanz, Offenheit, Menschlichkeit und sozialen Zusammenhalt, gegen Demokratiefeindlichkeit und Extremismus jeglicher Art. Der vom Bündnis getragene jährliche Demokratie-Tag macht öffentlich sichtbar, welche Kraft, Zuversicht und Begeisterung, aber auch welche Entschlossenheit in dem Bündnis stecken.

Von den Anfängen des Bündnisses: Der landesweite Demokratie-Tag als Netzwerkmotor

Rheinland-Pfalz beteiligte sich Anfang der 2000er Jahre am Bund-Länder-Kommissions-Programm »Demokratie lernen & leben«. Dabei wurden in und an Schulen neue Wege beschritten, um die Schule als wichtigen Lern- und Lebensort junger Menschen demokratischer zu gestalten. Nach Auslaufen des Programms wurden diese wichtigen Erfahrungen nicht ad acta gelegt, obwohl ein eigentlich geplantes gemeinsames Transferprogramm, bedingt durch die greifende Föderalismusreform, nicht mehr möglich war. Schulische Netzwerke entstanden mit Kräften des Landes und durch starkes zivilgesellschaftliches Engagement, vor allem das der neu gegründeten Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik mit einem starken Zweig in Rheinland-Pfalz. Diese Unterstützungsstrukturen boten mit dem erstmals 2006 veranstalteten landesweiten Demokratie-Tag ein Forum zur Weiterentwicklung und Festigung des Erreichten.

Obwohl von Beginn an außerschulische Kooperationen und Partnerschaften immer im Blick waren, war der Demokratie-Tag zunächst doch eher eine schulische Fachveranstaltung. Dies änderte sich jedoch rasch. Das Spektrum der Themen, der aktiven und einbezogenen Akteure wie auch der Perspektiven wuchs von Jahr zu Jahr. So entwickelte sich der Tag im Laufe der Jahre zu dem wichtigsten Forum für die Partizipation und das Engagement junger Menschen in Schulen, der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung in unseren Kommunen und auf Landesebene.

Damit verbunden änderten sich auch Format und Charakter des Demokratie-Tags. Es gelang, den Anschluss an die politischen Debatten zur Demokratieentwicklung im Land zu finden. Der Demokratie-Tag 2012, veranstaltet mit dem und im Landtag Rheinland-Pfalz, in enger Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission »Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie«, war hierfür eine entscheidende Zäsur. Zeitgleich sorgte das landesweit angelegte »Jugendforum RLP«, das die Landesregierung gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung initiiert hatte, für ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung und die Möglichkeiten der Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung von Landespolitik. Damit avancierte der Demokratie-Tag von einem Format demokratiepädagogischer Weiterbildung zu einem landespolitischen Forum der Demokratieentwicklung.

Als Messe für Demokratie und Beteiligung versammelt der Demokratie-Tag seit 2013, zunächst auf dem Mainzer Lerchenberg beim und mit dem ZDF als Partner, später in Ingelheim, alle relevanten Organisationen und Akteure, die in den unterschiedlichsten Feldern der Demokratiebildung aktiv sind. Der Tag ist inzwischen ein fester Termin auch in den Kalendern der politischen Spitzen, die regelmäßig zu Gast sind.

Heute versammelt der Demokratie-Tag jährlich über 1.000 Teilnehmende – Kinder und Jugendliche, Schulklassen, Pädagoginnen und Pädagogen aus Schulen, Hochschulen, außerschulischer und politischer Bildung, aus der Jugendarbeit, aus der Erwachsenenbildung, aus Kommunen, aus Politik und Verwaltung, aus Medien, Wissenschaft und Forschung sowie Unternehmen. »Satelliten-Veranstaltungen« vor Ort in unterschiedlichen Kommunen ermöglichen es, dass Idee und Anliegen des Tages weit in das Land ausstrahlen. Ein Live-Stream sowie die Übertragung des Demokratie-Tags über die Offenen Kanäle des Landes sorgen für weitere Verbreitung.



Abbildung 1: Demokratie-Tag 2024 © Staatskanzlei RLP / Christina Schäfer

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungsdynamik gab Malu Dreyer im Jahr 2017 den entscheidenden Impuls zur Gründung des Bündnisses »Demokratie gewinnt!«. Damit ist es gelungen, das stetig wachsende Netzwerk aus staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Partnern rund um den Demokratie-Tag zu festigen und ihm einen Rahmen zu geben, der die Zusammenarbeit auch jenseits der einmal im Jahr stattfindenden Großveranstaltung fördert. Die Gründung des Bündnisses war zugleich ein starkes, öffentlich sichtbares Signal gegen wachsenden Populismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Extremismus und Gewalt. Demokratiebildung ist hierfür ein wichtiger Pfeiler. Gemeinsam ging es im Bündnis zunächst vorrangig darum, junge Menschen frühzeitig an Engagement, Partizipation und die Grundwerte unserer

Demokratie heranzuführen und die Institutionen unseres Bildungs- und Erziehungssystems selbst demokratisch zu gestalten. Demokratie lernen und Demokratie leben, darum geht es im Bündnis.

Der Schirmherrschaft kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Ministerpräsidentin a.D. Malu Dreyer, seit 2024 Ministerpräsident Alexander Schweitzer, verkörpern Stellenwert und Relevanz des Bündnisses in der rheinland-pfälzischen Landespolitik.

Das Bündnis verändert sich

Seit Gründung des Bündnisses lässt sich ein stetiges Wachstum der Mitglieder verzeichnen. Dies hängt einerseits mit seiner zunehmenden öffentlichen Wahrnehmbarkeit zusammen, andererseits mit dem wachsenden Bewusstsein für die Bedrohungen der Demokratie. Immer mehr Organisationen und Institutionen aller gesellschaftlichen Bereiche, zu deren Kernauftrag nicht in erster Linie die Demokratiebildung zählt, nehmen für sich diese drängende Aufgabe in Anspruch und suchen nach Anschluss und Partnerschaften, um ihr gerecht zu werden. Dies gilt etwa für den Bereich der Erwachsenenbildung mit ihrem Trägernetzwerk, aber auch für Kommunen, für Universitäten und Forschungseinrichtungen, für Medien, für Kirchen und Religionsgemeinschaften und auch Unternehmen.

Bis zum Jahr 2024 lässt sich ein moderates Mitgliederwachstum nachzeichnen, da bis zu diesem Zeitpunkt keine aktive Mitgliederwerbung betrieben wurde. Und dennoch änderten sich mit der zunehmend breiter werdenden Mitgliederbasis auch die im Bündnis verhandelten und bearbeiteten Themen und Anliegen. Beispielhaft lässt sich dies für die Erwachsenenbildung illustrieren. So beteiligen sich die Volkshochschulen des Landes seit mehreren Jahren bereits mit einer »Langen Nacht der Demokratie« am Demokratie-Tag.

Wichtig für die Arbeit im Bündnis ist, dass sich auch Medien einbringen und engagieren. Mit dem ZDF und dem SWR gibt es schon eine langjährige Zusammenarbeit. Weitere Medien wie der Radiosender RPR1., aber auch die Offenen Kanäle als Bürgermedien gehören inzwischen ebenso dazu. Sie sind einerseits wichtige Partnerinnen und Partner, um die Themen des Netzwerks zu transportieren. Andererseits stehen auch sie vor der Herausforderung, als Teil unseres demokratischen Gemeinwesens neue Wege für die Gestaltung ihrer Kernaufgaben zu gehen. Im Bündnis können sie dafür Anregungen, Impulse sowie Partnerinnen und Partner finden.

Von zunehmender Bedeutung für das landesweit agierende Bündnis ist nicht zuletzt die lokale Ebene. Die Kommunen sind der wichtigste Ort für bürgerschaftliches Engagement, für aktives Mitleben und Mitentscheiden. Daher ist es besonders wichtig, gerade hier günstige Bedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft zu schaffen. Politik und Verwaltung stehen hierbei vor großen Herausforderungen. Entscheiderinnen und Entscheider in Kommunalpolitik und -verwaltung wird zunehmend bewusst, dass keine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen ohne das Engagement und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bewältigt werden kann. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen und kluge Arrangements vor Ort, um das Miteinander von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Programme und Angebote, die auf die Entwicklung kommunaler Engagementstrategien angelegt sind, wie etwa die Initiative »Ich bin dabei!«, aber auch das Bundesprogramm »Engagierte Stadt« sowie das »Engagierte Land«, bieten besonders gute Voraussetzungen dafür, innovative Ansätze und Formate der Demokratiestärkung vor Ort zu etablieren. Die seit über 20 Jahren immer wieder beschworene Formel, Engagement- und Demokratieförderung seien zwei Seiten ein- und derselben Medaille, findet hierbei eine praxiswirksame Umsetzung.

So haben sich inzwischen Kommunen wie Ingelheim, Neustadt an der Weinstraße, Trier, Kaiserslautern, aber auch kleinere Kommunen wie die Verbandsgemeinde Hachenburg dem Bündnis angeschlossen. Tendenz steigend.

Netzwerke und Bündnisse brauchen Ressourcen

Die Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten und die Initialisierung durch die Staatskanzlei verweisen darauf, dass die Anliegen des Bündnisses hohe Priorität in der Landesregierung haben. Natürlich ist diese hochrangige Anbindung auch hilfreich, um den Aktivitäten Gehör und Sichtbarkeit zu verschaffen.

Für die Arbeit des Bündnisses braucht es gleichwohl Ressourcen und gute Strukturen. Dafür wurden 2019 die Grundlagen geschaffen. Gemeinsam haben Staatskanzlei, Landtag, Bildungs-, Jugend-, Weiterbildungs- und Innenministerium, die Stadt und das Weiterbildungszentrum Ingelheim sowie die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik Geld und Ressourcen in die Hand genommen, um eine kleine Geschäftsstelle einzurichten, die den Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz organisiert und die Arbeit des Bündnisses »Demokratie gewinnt!« begleitet. Dies war ein zentraler Schritt für die weitere Arbeit im Bündnis. Inzwischen konnten weitere Partnerinnen und Partner sowie Unterstützerinnen und Unterstützer gewonnen werden, um diese Infrastruktur des Bündnisses abzusichern, zu verstetigen und zu vergrößern, den wachsenden Mitgliederzahlen und dem immer größer werdenden Demokratie-Tag Rechnung zu tragen.

Bündnis- und Netzwerkarbeit sind also keine Selbstläufer. Sie benötigen Koordinierung, Begleitung, Service, Impulsgebung und eine verlässliche Struktur, die den Rahmen bereithält, um die Potenziale und Chancen im Bündnis zu heben.

Bemerkenswert ist dabei auch die Finanzierungsstruktur. Während in Politik und Verwaltung üblicherweise nach Zuständigkeiten gefragt wird und dementsprechend klare Verantwortlichkeiten für Förderungen festgelegt sind, wurde für das Bündnis ein anderer Weg beschritten. Inzwischen beteiligen sich nahezu alle Ressorts der Landesregierung an dieser Aufgabe mit unterschiedlichen Beiträgen. Nur auf diesem Wege war es letztlich möglich, die notwendigen Ressourcen zusammenzutragen. Zugleich wird hiermit unterstrichen, dass Demokratieförderung keine Aufgabe eines einzelnen Ministeriums ist und sein kann, sondern sämtliche Politikfelder berührt.

Dabei war es eine bewusste und weitreichende Entscheidung, die Geschäftsstelle nicht innerhalb der Landesregierung zu verankern, sondern sie bei einem zivilgesellschaftlichen Träger anzusiedeln. Das Weiterbildungszentrum Ingelheim und die dort verankerte Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung haben sich landesweit mit starken Netzwerken, Programmen und Angeboten als wichtiger Ankerpunkt der Demokratieförderung etabliert. Die Ansiedlung der Geschäftsstelle des Bündnisses genau hier sorgte nicht nur für Synergien, sondern eröffnete auch Freiräume, Chancen und Potenziale für die weitere Bündnisarbeit. Das klare Bekenntnis und die Unterstützung der Stadt Ingelheim sorgen für den notwendigen Rückhalt vor Ort.

Das Bündnis meldet sich zu Wort: Gemeinsame Erklärung im März 2024

Zu Beginn des Jahres 2024 veröffentlichte das Online-Magazin Correctiv Recherchen Berichte über ein Treffen rechtsextremer Kräfte. Die dort beratenen Pläne für eine »Re-Migration« lösten bundesweite Demonstrationen und Proteste gegen den erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland und Europa aus. In dieser Situation stellte sich erstmals die Frage, wie sich das Bündnis »Demokratie gewinnt!« hierzu verhält und verhalten kann. Wie kann sich ein Netzwerk, das so viele unterschiedliche Organisationen, Institutionen und Akteure versammelt, politisch zu Wort melden, ohne parteipolitisch zu agieren und die im Bündnis eben auch bestehenden divergenten Positionen zu negieren?

Gemeinsame öffentliche Positionierungen waren bis dato nicht erprobt. Und sie bergen latent das Risiko, sich lediglich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen, der in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Gerade deshalb war es wichtig, sich als Bündnis in die Debatte einzumischen und sich zu Wort zu melden. Gelungen ist dies durch eine gemeinsame Erklärung der Bündnismitglieder, die, nicht ohne ein hartes Ringen um einzelne Positionen und redaktionelle Feinheiten, und dennoch einem

eindeutigen politischen Signal, am 11. März 2024 bei einem von Ministerpräsidentin a.D. Malu Dreyer initiierten öffentlichen Treffen unterzeichnet wurde.



Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Bündnisses »Demokratie gewinnt!«

In den vergangenen Wochen sind hunderttausende Menschen in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland auf die Straße gegangen und haben friedlich gegen den erstarkenden Rechtsextremismus und die damit verbundene menschenverachtende Ideologie demonstriert. Die Demonstrationen zeigen, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in einer Demokratie leben will und hierfür einzustehen bereit ist.

Wir, die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Bündnisses »Demokratie gewinnt!«, unterstützen diese Bewegung ausdrücklich. Wir engagieren uns für ein friedliches, ein offenes, ein solidarisches Rheinland-Pfalz, in dem Hass und Hetze, Ausgrenzung und Diskriminierung und völkisch-nationalistisches Gedankengut keinen Platz haben.

Im Kampf gegen Extremismus, für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt brauchen wir starke gesellschaftliche Allianzen und Netzwerke. Das rheinland-pfälzische Bündnis »Demokratie gewinnt!« ist ein solches Netzwerk. Durch alle gesellschaftlichen Bereiche, im Schulterschluss von Bürgern und Bürgerinnen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik stehen wir gemeinsam für ein demokratisches Deutschland.

Deshalb wollen wir unser Bündnis weiter stärken. Wir laden alle demokratischen Kräfte in unserem Land dazu ein, dem Bündnis mit ihren Organisationen und Zusammenschlüssen beizutreten, ihre Stärken einzubringen und gemeinsam mit unseren Mitgliedern für den Erhalt unserer Demokratie zu kämpfen.

Wir setzen uns ein für ein friedliches und geeintes Europa und dafür, dass die Menschen bei den anstehenden Wahlen zum europäischen Parlament von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Rheinland-Pfalz ist ein lebenswertes, ein offenes, solidarisches und demokratisches Land. Wir engagieren uns gemeinsam dafür, dass es auch in Zukunft so bleibt.

Mainz, 11. März 2024

Diese Erklärung fand landesweit Beachtung und auch Niederschlag in der öffentlichen Berichterstattung. Für die weitere Entwicklung des Bündnisses ist sie kaum zu überschätzen. Nicht nur, weil sich das Bündnis erstmals selbst als Akteur auf der landespolitischen Bühne zu Wort meldete, sondern auch deshalb, weil die Erklärung mit einem Aufruf an alle demokratischen Kräfte im Land verbunden war, sich ihm anzuschließen.

Seither hat sich die Mitgliederzahl des Bündnisses nahezu verdoppelt. Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen stoßen permanent neu dazu. Besonders bemerkenswert ist dabei das gestiegene Interesse von Unternehmen und Unternehmensverbänden, einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie als unverzichtbaren Standortfaktor zu erbringen.

Dadurch bedingt veränderte sich auch die Architektur und der Auftrag des Bündnisses. Nicht auf alle Erwartungen und Wünsche gibt es bereits die passenden Antworten. Gleichwohl wird klarer, dass Demokratieförderung im und durch das Bündnis sich nicht allein auf die Schule und auf junge Menschen beschränken kann. Vielmehr stellt sich die Aufgabe, neue und innovative Formate zu entwickeln, die Menschen in allen Lebensbereichen, wie etwa auch dem Arbeitsplatz, erreichen.

Wie funktioniert die Bündnisarbeit?

Der jährliche Demokratie-Tag ist und bleibt das Forum, bei dem das Netzwerk mit seinen vielfältigen Aktivitäten und Partnerinnen und Partnern öffentlich sichtbar wird. Daneben kommt das Bündnis auf Einladung der Schirmherrin bzw. des Schirmherrn in der Regel einmal im Jahr zusammen, um sich über aktuelle demokratiepolitische Themen auszutauschen, Schwerpunkte der Bündnisarbeit zu beraten und Impulse für Kooperationen und neue Vorhaben zu setzen.

Die eigentliche Bündnisarbeit vollzieht sich in unterschiedlichen Formen und Formaten. So gab es zunächst vor allem eine Reihe von thematischen Arbeitsgruppen, die Austausch ermöglichten und auch gemeinsame Aktionen auf den Weg brachten. Hierzu zählen beispielsweise die stärkere Verankerung der Demokratieerziehung in der Lehrerbildung, Projekte der Demokratiebildung in Medien und Medienpädagogik sowie Angebote der Demokratiebildung für Jugendliche in schwierigen Übergangsphasen wie dem Berufsvorbereitungsjahr an berufsbildenden Schulen.

Jährliche Klausurtagungen stellen Arbeitsweise, Themen und Schwerpunkte des Bündnisses auf den Prüfstand, setzen regelmäßig neue Akzente und geben Raum für Neuausrichtung und Innovation.

Die Kraft des Bündnisses wird vor allem dadurch sichtbar, dass zahlreiche Aktionen und Aktivitäten eben nicht zentral organisiert und gesteuert werden. Eine solche Vorstellung wäre angesichts begrenzter finanzieller wie personeller Ressourcen auch illusorisch. Die Innovationskraft zeigt sich in besonderer Weise in den vielen Projekten, die im Bündniskontext neue und ungewöhnliche Kooperationen anstoßen. Hier einige wenige Beispiele dafür:

- Seit einigen Jahren sind alle weiterführenden Schulen im Land verpflichtet, jährlich einen eigenen schulischen Demokratie-Tag zu organisieren. Um sie hierbei zu unterstützen, hat die DKJS Rheinland-Pfalz mit Unterstützung der Staatskanzlei eine Toolbox erarbeitet, die zeigt, wie ein solcher Tag sehr praxisorientiert das bürgerschaftliche Engagement von Schülerinnen und Schülern fördern kann.
- Demokratieförderung benötigt Förderung vor Ort, möglichst unbürokratisch, zugänglich auch für Projekte und Initiativen ohne eigene Rechtsform. Diesen Impuls aufgreifend hat die Staatskanzlei 2024 das Förderprogramm für Kleinprojekte »100 Mal 500 für die Demokratie« aufgelegt, das vor allem auf lokaler Ebene wirkt. Aufgrund der großen Nachfrage konnte das Programm in 2025 fortgeführt werden.
- Die Bündnisarbeit macht deutlich, dass eine Vielzahl unterschiedlichster Organisationen und Institutionen mit jeweils spezifischen Anliegen an Aufgaben der Engagement- und Demokratieförderung mitwirken, allerdings häufig ohne Kenntnis voneinander, teils unverbunden und nicht vernetzt. Aus

dieser Erkenntnis heraus wurde die Idee zur Erstellung eines »Demokratie-Atlas RLP« geboren. Ziel ist eine moderne, digitale und kartengestützte Darstellung wichtiger Akteure, um nicht nur mehr Transparenz herzustellen, sondern ein gegenseitiges Voneinanderwissen und bestenfalls Zusammenwirken und Kooperationen anzustoßen. Für dieses Vorhaben, das im Bündnis verortet ist, engagieren sich vor allem die Landeszentrale für politische Bildung und die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei.

- Besonders spannend ist es, wenn Partnerinnen und Partner mit völlig unterschiedlicher Struktur, Auftrag und Handlungslogik zueinanderfinden und ihre Stärken bei demokratiefördernden Projekten in Kooperation bringen. Dies geschieht beispielsweise in der Zusammenarbeit des Landesfeuerwehrverbands mit dem Verband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz. Gemeinsam setzen sie ein Pilotprojekt zur Schulung von Einsatzkräften der Feuerwehren in gewaltfreier Kommunikation um.
- Der lokale Energieversorger EWR Worms ist eines der ersten Unternehmen, das sich dem Bündnis angeschlossen hat. Unter dem Motto »Unternehmen als Orte gelebter Demokratie« setzen sich Auszubildende und Führungskräfte mit der Frage auseinander, wie das demokratische Miteinander in der Gesellschaft gestärkt werden kann. Hierbei arbeitet das Unternehmen eng mit dem Landtag Rheinland-Pfalz zusammen.
- Das Bündnis nimmt auch aktuelle politische Themen auf, wie den Ausbruch des Ukraine-Kriegs. 2023, anlässlich des ersten Jahrestags des Kriegsausbruchs, widmete sich das Bündnis den Folgen für unsere Gesellschaft und die Demokratie.

Diese Beispiele sollen illustrieren, wie lebendig sich die Bündnisarbeit entwickelt hat. Ohne den Bündniskontext wären diese Vorhaben nicht zustande gekommen und hätten die hier zusammenwirkenden Partner kaum zueinander finden können.

Sinnvolle Verbindungen herstellen, Synergien ermöglichen, Parallelstrukturen vermeiden

Der Demokratieförderung in und an Schulen gilt weiterhin hohe Aufmerksamkeit. Mit der vom Bildungsministerium auf den Weg gebrachten Initiative »Schule der Zukunft« verbinden sich neben innovativen Lehr- und Lehrformen auch neue Ansätze für Demokratie-Lernen und -Leben. Dabei gibt es eine enge Verschränkung mit dem Bündnis. Inzwischen haben sich rund 100 Schulen des Landes der Initiative angeschlossen und erproben neue Wege und Formate, in denen Demokratiebildung und die Zusammenarbeit mit dem Gemeinwesen eine wichtige Rolle spielen.

Um diese Synergien auszubauen, fand im März 2025 das jährliche Bündnis-Treffen in Kooperation mit der Initiative »Schule der Zukunft« statt. Ausgelotet wurden Verknüpfungen und Kooperationen mit dem Lehr- und Lernansatz »Lernen durch Engagement«.



Abbildung 2: Treffen des Bündnisses im März 2025 © Staatskanzlei RLP / Christina Schäfer

Der Bereich der Jugendpolitik des Landes ist ebenfalls in besonderer Weise mit der Bündnisarbeit verknüpft. Die Jugendstrategie »JES! Jung. Eigenständig. Stark.« setzt auf eine eigenständige, dialogorientierte Jugendpolitik. Das Jugendministerium, der Landesjugendring, die LandesschülerInnenvertretung sowie der kürzlich ins Leben gerufene Landesjugendbeirat sind wichtige Akteure und Impulsgeber im Bündnis.

Zudem sind die rheinland-pfälzischen Strukturen des Bundesprogramms »Demokratie leben« eng mit dem Bündnis verknüpft. Sowohl das Landesdemokratiezentrum, angesiedelt beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, als auch die lokalen Partnerschaften für Demokratie in den Kommunen engagieren sich im Bündnis.

Angestoßen durch einen Beschluss des Landtags arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung an einem Konzept zur Etablierung des Landes als »Demokratie-Land RLP«. Hierbei sollen nicht nur die demokratiehistorischen Orte und Dimensionen zum Tragen kommen, sondern auch die aktuellen Strukturen der Demokratieförderung eingebunden werden. Das Bündnis bietet als Netzwerk hierfür einen großen Fundus.

Diese beispielhaften Verweise auf wichtige landespolitische Strukturen und Programme sollen klarmachen, worum es in der Bündnisarbeit auch geht und gehen muss: Akteure in Dialog und Kooperation bringen, Parallelstrukturen vermeiden, Synergien ermöglichen.

Stärken und Herausforderungen des Bündnisses

Das rheinland-pfälzische Bündnis kommt nicht aus der Retorte. Es ist im und durch den Demokratie-Tag gewachsen. Das so gewachsene Netzwerk kann bereits auf zwei Dekaden intensiver Zusammenarbeit und bereichsübergreifenden Austauschs zurückblicken. Am 4. September 2025 feiert es den 20. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz.

In diesem gewachsenen und weiterwachsenden Netzwerk liegt seine besondere Stärke. Netzwerke basieren auf gemeinsamen Zielen und Überzeugungen, auf Vertrauen und dem Willen, gemeinsam etwas zu verändern. So etwas lässt sich nicht erzwingen und schon gar nicht staatlich verordnen. Dies ist vielleicht auch der entscheidende Faktor, den das rheinland-pfälzische Bündnis anderen vielerorts in der Republik in jüngster Zeit entstandenen Netzwerken und Bündnissen voraussetzt. Durch den Demokratie-Tag gibt es Erfahrungen, Erfolge, Vertrauen in die gemeinsame Arbeit und erprobte Kooperationen.

Und das erklärt auch die Attraktivität einer Mitwirkung. Die Mitglieder kommen aus eigenem Antrieb, aus dem Wunsch heraus, sich einer wachsenden Bewegung anzuschließen, ihre Erfahrungen und Stärken in das Bündnis einzubringen und aus der Zusammenarbeit mit anderen Synergien und Stärken für sich zu gewinnen.

Ganz wesentlich ist hierbei, dass im Bündnis unterschiedliche gesellschaftliche Sphären und Akteure an einem Strang ziehen: Staat und Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Land und Kommunen, Kirchen und Religionsgemeinschaft, Medien. Voneinander lernen, sich ergänzen und gemeinsam etwas bewegen, das zeichnet das Bündnis aus.

Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass die Bündnisarbeit auch an Grenzen stößt. So hat das Bündnis keine eigene Rechtsform, es ist kein Akteur, der etwa zu tagespolitischen Fragen Stellung nehmen oder sich als eigenständiger Player einmischen kann. Gemeinsame öffentliche Positionierungen bleiben die Ausnahme. Anders als etwa ein Verband besteht in dieser Hinsicht eine eher träge politische Manövrierfähigkeit. Die Stärken des Bündnisses liegen demgegenüber vor allem in seiner Netzwerklogik. Auf Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen entstehen innovative Projekte, ungewöhnliche Kooperationen sowie nicht zuletzt ein bereichsübergreifender Schulterschluss demokratischer Kräfte im Kampf um die Verteidigung demokratischer Grundwerte, gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches und friedliches Miteinander.

Ausblick

Demokratieförderung ist kein zeitlich befristetes Projekt, das man nach einem formalen Abschluss beenden könnte. Demokratieförderung bleibt eine Daueraufgabe. Das Bündnis wird sich dabei den verändernden gesellschaftlichen Realitäten stellen und Antworten auf neue Fragen und Herausforderungen geben müssen. Dabei bleiben die ursprünglichen Kernanliegen, nämlich junge Menschen frühzeitig an Demokratie, Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement heranzuführen, weiterhin auf der Agenda. Hier gibt es noch viel zu tun. An Bedeutung gewinnen jedoch auch diejenigen Lern- und Lebensbereiche, an denen Menschen einen Großteil ihrer Zeit verbringen, in Diskurs kommen, sich mit politischen Fragen auseinandersetzen und demokratische Grundhaltungen reflektieren können. Hierzu gehören der Arbeitsplatz im Unternehmen, die Universitäten und Hochschulen, aber auch Räume für Diskussion und Beteiligung in den Kommunen. Hierfür alltagstaugliche Ansätze und übertragbare Modelle zu entwickeln, ist für das Bündnis eine drängende Aufgabe.

So ist es in vielen Kommunen noch alles andere als selbstverständlich, Engagement- und Demokratieförderung zusammenzudenken, dafür erforderliche Akteure und Strukturen zu verknüpfen, sich Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu geben, innovative Beteiligungsformate bei wichtigen Zukunftsfragen vor Ort zu erproben und Netzwerke oder Bündnisse zu schmieden, die sich gemeinsam für die Stärkung und Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens engagieren. Das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ bietet eine Plattform auf Landesebene, um nicht nur gute Erfahrungen auszutauschen und zur Nachahmung anzuregen, sondern auch gemeinsam Strategien und beteiligungsfreundliche Perspektiven in Kommunalpolitik und -verwaltung zu entwickeln.

Darüber hinaus werden die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und die damit verbundenen Gefahren für unsere Demokratie absehbar noch stärker als bisher in den Mittelpunkt der Bündnisarbeit rücken

müssen. Das, was auch öffentlich als Spaltung der Gesellschaft beschrieben wird, ist eine ganz entscheidende Frage an die Demokratie. Warum fühlt sich ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht oder nicht angemessen von unserem demokratischen System vertreten und kehrt sich von ihm ab? Warum gelingt es nicht, sie zu erreichen, einzubinden, mit ihnen in den Diskurs zu treten und gemeinsam Lösungen für Konflikte und Probleme zu finden? Warum sind für sie die scheinbar einfachen Lösungen so attraktiv?

Auf diese Fragen brauchen wir neue Antworten. Demokratie muss sich weiterentwickeln und wird neue Wege gehen müssen. Das Bündnis kann hierfür ein guter Thinktank sein. Denn es wird getragen von einer gemeinsamen Überzeugung: Die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen an die Demokratie ist nicht weniger, sondern kann nur mehr Demokratie sein.

Weiterführende Informationen und Links

- Weitere Informationen zum Bündnis unter: <https://demokratie-gewinnt.rlp.de/>
- Informationen zum Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz unter: <https://www.demokratietag-rlp.de/>
- Informationen zur Engagementförderung und -politik des Landes unter www.wir-tun-was.rlp.de
- Informationen zur Initiative des Landes Rheinland-Pfalz »Schule der Zukunft«: www.schule-der-zukunft.rlp.de

Autor/in

Birger Hartnuß ist Leiter der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Er arbeitete nach dem Studium der Erziehungswissenschaften mehrere Jahre in Forschungsprojekten zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule an den Universitäten Halle/S. und Greifswald. Er war Mitarbeiter im Sekretariat der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des 14. Deutschen Bundestags (2000–2002) und stellvertretender Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2002–2007). Seit 2007 ist er für die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Feld der Engagement- und Demokratieförderung tätig. Er ist seit Jahren auch wissenschaftlich und publizistisch in diesen Themenbereichen aktiv. Nebenberuflich ist er an der Apollon Hochschule Bremen verantwortlich für das Modul Zivilgesellschaft, das in den Studiengängen Soziale Arbeit und Sozialmanagement curricular verankert ist.

Kontakt

E-Mail: birger.hartnuss@stk.rlp.de

Tatjana Kinzelbach ist Referentin in der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Dort ist sie insbesondere für den Bereich Demokratieentwicklung, die Begleitung des Demokratie-Tags und des Bündnisses »Demokratie gewinnt!« verantwortlich. Während und nach dem Studium der Politik- und Europawissenschaften arbeitete sie als Referentin im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seit 2015 arbeitet sie für die Landesregierung Rheinland-Pfalz, zunächst im Bildungs- und Weiterbildungsministerium, seit 2022 in der Staatskanzlei.

Kontakt

E-Mail: tatjana.kinzelbach@stk.rlp.de